

Vorläufige Bestandsaufnahme zu rechtlichen Aspekten von Internet-Dienstleistungen durch Bibliotheken

Diese kurze Stellungnahme soll eine Orientierung im Dschungel der Rechtsunsicherheiten hinsichtlich der Fragen der Verantwortlichkeit für Internetdienste sowie der Verpflichtung von Bibliotheken zur Vorratsdatenspeicherung ermöglichen.

Eine abschließende und allgemeingültige Lösung kann jedoch aus verschiedenen Gründen nicht geboten werden:

- Zur Frage der Verantwortlichkeit von Betreibern offener WLAN-Hotspots zur Nutzung für die Öffentlichkeit oder einen großen Nutzerkreis gibt es noch keine Gerichtsentscheidungen. Daher können Rechtsgrundsätze nur aus solchen Gerichtsurteilen und –beschlüssen hergeleitet werden, die sich mit anderen – aber in der Tendenz ähnlichen – Konstellationen befasst haben. Allerdings sind die von den Gerichten (darunter keine höchstrichterlichen Senate) formulierten Grundsätze auch durchaus uneinheitlich.
- Die Frage der Verpflichtung der Bibliotheken als Telekommunikationsdienstleister zur Vorratsdatenspeicherung nach § 113a Telekommunikationsgesetz (TKG) ist vielschichtig. So lange der Europäische Gerichtshof (EuGH) nicht über die der Vorratsdatenspeicherungspflicht zugrunde liegende EU-Richtlinie und das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) nicht über die deutsche Umsetzung dieser Richtlinie entschieden haben, sind die Voraussetzungen für eine nachhaltige und verlässliche Stellungnahme der DBV-Rechtskommission nicht erfüllt.

Diese Erörterung kann daher nur Anhaltspunkte für das Handeln der Bibliotheken geben. Da Technik und Organisation der Internetnutzung in den Bibliotheken vielfältig sind, sind auch die rechtlichen Verpflichtungen der Bibliotheken keinesfalls einheitlich. Daher sollte im Einzelfall – das gilt vor allem für Abmahnungen wegen (angeblicher) Rechtsverletzungen durch Nutzer – unbedingt die Kooperation mit dem Justizariat der eigenen Einrichtung oder deren Träger gesucht werden.

1. Haftung für durch Internetnutzer in Bibliotheken begangene Rechtsverletzungen:

Bibliotheken stellen für ihren Nutzer oft Internet-Service-Dienste bereit. Darunter fallen unterschiedliche Angebote der Bibliotheken. Beispiele:

- a. die Bibliothek bzw. die Einrichtung (etwa eine Universität), der die Bibliothek angehört, stellt den Benutzern jeweils einen eigenen Account zum Zugang ins Internet zur Verfügung, den diese ortsunabhängig nutzen können.
- b. die Bibliothek stellt den Benutzern PC's für den Internetzugang in ihren Räumen zur Verfügung, ohne dass vor dem jeweiligen Nutzungsvorgang eine Authentifizierung verlangt wird

- c. die Bibliothek stellt den Benutzern in ihren Räumen PC's für den authentifizierungspflichtigen Internetzugang zur Verfügung
- d. die Bibliothek stellt Access – Points für den authentifizierungsfreien Zugang zum Internet über WLAN zur Verfügung
- e. die Bibliothek stellt Access – Points für den authentifizierungspflichtigen Zugang zum Internet über WLAN für einen bestimmten Nutzerkreis zur Verfügung

a) Mangelnde Feststellbarkeit des unmittelbaren Verursachers

Zu keinem der o.g. Sachverhalte gibt es bisher im Zusammenhang mit Rechtsverletzungen durch Nutzer Gerichtsurteile. Schlüsse für Sorgfaltspflichten oder die Haftung der Bibliotheken lassen sich bisher also nur aufgrund der Rechtsprechung zu anderen – ähnlich gelagerten – Fallkonstellationen ziehen.

Dreh- und Angelpunkt sind dabei Fälle, in denen jemand, der seine Rechte durch andere Internetnutzer verletzt sieht und gegen diese Verletzung Maßnahmen (etwa in der Form einer Abmahnung in Verbindung mit Aufforderung zur Abgabe einer strafbewehrten Unterlassungserklärung) ergreift oder Schadensersatz verlangt. Für beides ist zunächst die Kenntnis des Anspruchsgegners, also in der Regel desjenigen, der selbst durch das Einstellen der rechtswidrigen Inhalte ins Internet die Rechtsverletzung begangen hat, erforderlich. Das kann z.B. eine Urheberrechtsverletzung (Anspruchsgrundlage für den Unterlassungsanspruch: § 97 Abs.1 UrhG) oder eine Persönlichkeitsrechtsverletzung (Anspruchsgrundlage dann § 1004 Abs.1 S.2 BGB) sein. Soweit der Verletzte die IP-Adresse des PC's, von dem aus die Verletzung begangen wurde, in Erfahrung bringt und damit auch der Verletzer selbst identifiziert werden kann, kann ihn der Verletzte direkt auf Unterlassung oder Schadensersatz in Anspruch nehmen.

Was aber passiert, wenn unter einer vom Verletzten festgestellten IP-Adresse mehrere Personen auf Internetdienste zugreifen können ? Darunter fallen u.a. folgende Konstellationen:

- derjenige, der die rechtswidrige Handlung unmittelbar begangen hat, kann nicht ermittelt werden, weil er sich nie für die Nutzung identifiziert hat (Internetcafe, Bibliothek mit frei zugänglichen PC's)
- die Nutzungsdaten, wie z.B. die einem bestimmten registrierten Benutzer zu einem bestimmten Zeitpunkt zugewiesene dynamische IP-Adresse, Nutzungsdauer, aufgerufene Internetadressen, sind von der Bibliothek bzw. deren Träger bereits gelöscht worden, weil die Speicherung dieser Daten aufgrund gesetzlicher Vorschriften verboten ist

Gemeinsam ist diesen Fällen, dass der unmittelbare Verletzer nicht ermittelt werden kann. Derjenige, der dem Verletzer die für die Rechtsverletzung genutzte Infrastruktur (freiwillig) zur Verfügung gestellt hat – also der mittelbare Verursacher – dagegen ist bekannt. Hat eine Bibliothek in Fällen einer solchen mittelbaren Verursachung der Rechtsverletzung damit zu rechnen, vom Verletzten auf Unterlassung in Anspruch genommen werden (und ggf. wie kann sie das am besten verhindern) ?

b) Rechtliche Beurteilung

Nach § 8 Telemediengesetz (TMG) sind die Inhaber eines Anschlusses, der durch Dritte genutzt wird, „nicht verantwortlich“ für Rechtsverletzungen der Dritten, wenn sie u.a die Übermittlung nicht veranlasst, den Adressaten der übermittelten Informationen nicht ausgewählt und die übermittelten Informationen nicht ausgewählt oder verändert haben.

Diese Haftungsprivilegierung gilt jedoch nach der Rechtsprechung nur für einen Schadensersatzanspruch, nicht aber für einen Unterlassungsanspruch (z.B. aus § 97 UrhG oder 1004 BGB). Ob ein Unterlassungsanspruch gegen die Bibliothek, der gegen die Bereitstellung von Internetdiensten gerichtet ist, grundsätzlich ausgeschlossen ist oder ob die Bibliothek bestimmte Sorgfaltspflichten zu erfüllen hat und welche das ggf. sind, kann noch nicht mit Sicherheit gesagt werden.

Eine Abmahnung mit Aufforderung zur Abgabe einer strafbewehrten Unterlassungserklärung kann jedoch *nur dann* gerechtfertigt sein, wenn die Bibliothek die ihr zumutbaren Vorsorgemaßnahmen zur Vermeidung von Rechtsverletzungen durch Nutzer *nicht erfüllt* hat. Wenn die Bibliothek die ihr zumutbaren Vorsorgemaßnahmen erfüllt hat bzw. es solche gar nicht gibt, braucht sie auf die Abmahnung nicht zu reagieren.

Jetzt stellt sich die Frage: Welches sind denn die Sorgfaltspflichten, die eine Bibliothek zur Vermeidung (gerechtfertigter) Abmahnungen erfüllen muss ? Haben Bibliotheken und Internetcafes in überhaupt Sorgfaltspflichten, die sie, um gerechtfertigte Abmahnungen zu vermeiden, erfüllen müssen ? Zu diesen Fragen es bisher leider keine Rechtsprechung. Die (bisher uneinheitlichen) Gerichtsentscheidungen zur Störerhaftung des Anschlussinhabers beziehen sich nur auf allenfalls tendenziell vergleichbare Fälle. Die Gerichte befassen sich in diesen Entscheidungen mit Fragen der dem Anschlussinhaber zumutbaren Prüfungspflichten, bei deren Verletzung die Unterlassungspflicht entsteht:

- **Landgericht Mannheim**, 29.9.06, Az. 7O 62/06: Der Anschlussinhaber ist hier ein Familienvater, dessen Kinder bzw. deren Freunde illegales Filesharing im Internet betrieben haben. Prüfungspflichten des Vaters:
 - a. Dauerhafte Überwachung der eigenen Kinder ist ohne konkreten Anlass nicht zumutbar
 - b. Gegenüber den Freunden, die nur jeweils für kurze Zeit die Möglichkeit zur Anschlussnutzung haben, besteht aber grundsätzlich eine Überwachungspflicht
- **Landgericht Hamburg**, 26.7.06; Az., 308 O 407 / 06: Der Anschlussinhaber betreibt in seiner Wohnung ein offenes WLAN. Es ist daher nicht auszuschließen, dass die Rechtsverletzungen durch einen nicht identifizierbaren Nachbarn stattgefunden haben. Das Gericht formuliert in diesem Fall zu den Sorgfaltspflichten des Anschlussinhabers: „Der Inhaber eines WLAN-Internetzugangs hat diesen zum allgemeinen Schutz vor Urheberrechtsverletzungen im Internet vor einer unkontrollierten öffentlichen Nutzung etwa durch eine Passworteinrichtung technisch zu sichern“.
- **Oberlandesgericht Frankfurt**, 1.7.2008, Az. 11 U 52/07:
 - c. Der Inhaber eines Internetanschlusses haftet grundsätzlich nicht als Störer für die unberechtigte Nutzung einer WLAN-Verbindung durch unberechtigte Dritte, die mit ihm in keinerlei Verbindung stehen.

- d. Der Inhaber haftet ebenfalls nicht wegen Verletzung von Verkehrssicherungspflichten auf Schadensersatz für die Schäden, die unberechtigte Nutzer einer WLAN-Verbindung Dritten verursachen.

Welche Schlüsse können die Bibliotheken aus diesen Entscheidungen ziehen? Auf der einen Seite sehen das LG Mannheim und das LG Hamburg in bestimmten Situationen eine Sorgfaltspflicht, die der Anschlussinhaber zu erfüllen hat, als gegeben an. Das OLG Frankfurt lehnt eine solche Verkehrssicherungspflicht immerhin für Fälle der *unberechtigten* Nutzung durch Dritte ab. Was aber folgt daraus für Bibliotheken (wie auch für Internetcafés), deren Benutzer *berechtigt* auf das Internet zugreifen?

- In allen Entscheidungsbegründungen wird die Forderung nach *Zumutbarkeit* der Erfüllung der Verkehrssicherungspflichten erhoben. Rechtswidrige Maßnahmen, wie etwa die Speicherung oder anderweitige Aufbewahrung von Verkehrsdaten, die sich etwa auf die Zeit der Nutzung eines bestimmten PC's oder die Zuordnung einer bestimmten dynamischen IP-Adresse zu einem bestimmten Benutzer-Account beziehen, sind von vornherein *nicht zumutbar*, weil sie rechtswidrig sind. Da es für die Speicherung dieser Daten bei der unentgeltlichen Nutzung i.d.R. keine gesetzliche Grundlage gibt, sind sie unmittelbar nach dem Nutzungsvorgang zu löschen. Soweit es technisch ohne allzu großen Aufwand möglich ist, den Anschluss für bestimmte Dienste, wie etwa illegales Filesharing, zu sperren bzw. hierfür häufig genutzte Ports unschädlich zu machen, dürfte das zumutbar sein.
- Bei der Frage nach den Sorgfaltspflichten solcher Anschlussinhaber, die gerade *beabsichtigen*, den freien Zugang zum Netz für alle oder für eine bestimmte Benutzergruppe zu gewährleisten, sollten die Sorgfaltspflichten nicht so hoch sein, dass diese Dienste von vornherein zum Scheitern verurteilt sind. Denn hier muss die soziale Funktion und der bildungspolitische Hintergrund des Dienstes bei der Forderung nach für den Anschlussinhaber zumutbaren Verkehrssicherungspflichten in die Abwägung mit den Interessen der potentiell zukünftig Verletzten einfließen (vgl. Mantz / Gietl, Anm., MMR 2008, 606, 609).

Zur Frage der Haftung für Rechtsverletzungen durch Internetnutzer in Bibliotheken wird es im 2. Quartal 2009 ein umfassendes Gutachten geben. Dessen Nachhaltigkeit wird davon abhängen, ob sich bis dahin in der Rechtsprechung bei der Beurteilung der Haftung des Anschlussinhabers eine klare Tendenz abzeichnet.

Zur Erläuterung: Eine gerechtfertigte Abmahnung kann Folgen haben.

- Abmahngebühren (d.h. die Anwaltskosten) sind zu zahlen
- zur Erfüllung des Unterlassungsanspruchs ist i.d.R. eine strafbewehrte Unterlassungserklärung abzugeben; wird dieser Anspruch nicht erfüllt, kann er vor Gericht eingeklagt werden, wobei zusätzlich die Gerichtskosten entstehen
- Nach der Abgabe der strafbewehrten Unterlassungserklärung ist die Unterlassungserklärung, also die dort formulierten Vorsichtsmaßnahmen, einzuhalten. Sonst droht die Strafe aus der Unterlassungserklärung. Diese kann natürlich auch gerichtlich durchgesetzt werden.

2. Verpflichtung zur Vorratsdatenspeicherung

Auch wenn von der Bundesnetzagentur möglicherweise für die Fälle, in denen eine Stadtbibliothek von einem fremden Provider versorgt wird und ihre Nutzer ohne jede Authentifizierung an Netz lässt, für die Bibliothek selbst keine Speicherpflicht vorsieht, kann noch keine generelle Entwarnung gegeben werden. Denn diese Konstellation ist nicht mit der Lage in allen Bibliotheken vergleichbar, z.B.

- der einer Hochschulbibliothek, die externe Benutzer zulässt und deren Provider die Universität selbst mit ihrem Rechenzentrum ist
- der einer wissenschaftlichen Bibliothek, die für die Internetnutzung an ihren PC's oder per WLAN eine Authentifizierung verlangen

Unsichere Rechtslage

Es ist aufgrund verschiedener zu erwartender Verfahren und Ereignisse unklar, ob § 113a TKG, der die Verpflichtung zur Vorratsdatenspeicherung enthält, langfristig bestehen bleibt: Es ist eine Verfassungsbeschwerde gegen §§ 113a und b TKG anhängig. Begründet wird diese u.a. mit der Verletzung des Fernmeldegeheimnisses und der Pressefreiheit. Auch wenn der Europäische Gerichtshof (EuGH) die Klage Irlands gegen die zugrunde liegende EU-Richtlinie abgewiesen hat, ist es denkbar, dass das BVerfG Änderungen verlangen wird.

In seinen beiden Beschlüssen im Eilverfahren hat das BVerfG die Speicherpflicht nicht einstweilig ausgesetzt, weil diese durch die EU-Richtlinie zwingend vorgeschrieben ist. (http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rs20080311_1bvr025608.html), http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rs20081028_1bvr025608.html

Man kann jetzt nicht sicher vorhersagen, ob die Provider auch in Zukunft eine Pflicht zur Vorratsspeicherung trifft. Hinzu kommt ein Beschluss des Verwaltungsrichts (VG) Berlin - Beschluss vom 17. Oktober 2008 - VG 27 A 232.08 – das in einem Eilverfahren die Pflicht eines privaten Providers zur Vorratsdatenspeicherung auf eigene Kosten ablehnte. http://www.berlin.de/imperia/md/content/senatsverwaltungen/justiz/gerichte/vg2/entscheidungen/vg_27_a_232.08_beschluss.pdf

Bei dieser Entscheidung ist allerdings zu berücksichtigen, dass es sich bei dem gegen die Verpflichtung klagenden Provider um ein privates Unternehmen handelte. Zudem handelt es sich nur um einen Beschluss eines Gerichts der untersten Instanz – und nicht etwa um ein rechtskräftiges Revisionsurteil, das mehr Aussagekraft hätte.

Am 19.12.2008 wurde vom Bundestag ein Gesetz zur Kostenerstattung für die Vorratsdatenspeicherung verabschiedet. Dabei ist allerdings nur die Erstattung der Kosten der Inanspruchnahme der Provider durch die zuständigen Behörden, nicht aber die Erstattung der Investitionskosten für die Datenspeicherung vorgesehen.

Plenarprotokoll: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/16/16196.pdf> (S.21308)

Gesetzentwurf: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/071/1607103.pdf>

Aufgrund der unsicheren Prognosen ist der gegenwärtige Zeitpunkt für ein ausführliches Gutachten zur Rechtslage hinsichtlich der Vorratsdatenspeicherung ungeeignet. Zumindest das Urteil des BVerfG sollte vor der Erarbeitung eines solchen abgewartet werden.